

Jörg Ganzenmüller (Weimar/ Jena):

Kommentierende Zusammenfassung für die Schlussdiskussion auf der Online-Tagung „Innere Einheit – ein (un)erreichbares Ziel?“ des Willy-Brandt-Zentrums sowie des Forschungsverbundes „Diktaturerfahrung und Transformation: Biographische Verarbeitungen und gesellschaftliche Repräsentationen in Ostdeutschland seit den 1970er Jahren“ am 21. Oktober 2020.

Die Leitfragen der Tagung lauteten: Wie ist es um die innere Einheit bestellt? Welche Erfahrungen, Erinnerungen und Narrative der Deutschen in Ost und West prägen den Blick auf den Umbruch von 1989 und die anschließende Transformationszeit? Dazu haben wir in sechs Vorträgen unterschiedliche Antworten gehört, die ich noch einmal kurz Revue passieren lasse, ehe ich für die Abschlussdiskussion vier übergreifende Themen herausarbeiten werde.

Patrice Poutrus hat zunächst berichtet, dass es zwar durchaus eine große Bereitschaft, ja sogar Bedürfnis in der Bevölkerung gibt, die jeweilige Lebensgeschichte zu erzählen, hierbei aber der Umbruch 1989/90 sehr knapp und phrasenhaft erzählt werde, während über die Zeit nach 1990 weniger aus dem eigenen Leben erzählt, sondern eher global geurteilt werde.

Franka Maubach führte aus, dass die Krisenerfahrung der Ostdeutschen in einem Wechsel aus Hoffnung und Enttäuschung bestanden habe, die ostdeutsche Gesellschaft somit eine zweifach enttäuschte Gesellschaft sei. Dabei überlagere der Krisendiskurs der letzten 30 Jahre die Krisenerfahrung der 1970er und 1980er Jahre, was Patrice Poutrus mit Blick auf die bislang geführten Interviews allerdings nicht bestätigen konnte. Franka Maubach plädierte dafür, Krise als Quellenbegriff zu begreifen und somit mehr nach der Krisenwahrnehmung zu fragen als ob es eine Krise gegeben hat.

Anna Kaminsky beschrieb die fortbestehende Kluft zwischen Ost und West, die einerseits aus unterschiedlichen Erwartungen und Erfahrungen des Umbruchs von 1989ff. resultiere, andererseits auch Ergebnis einer nach wie vor gespaltenen Diskursgemeinschaft sei, wobei der Diskurs von beiden Seiten in einem Modus der Selbstvergewisserung geführt werde: Darin diene der jeweils andere Teil Deutschlands zur Abgrenzung und damit zur Identitätsstiftung im eigenen Teil. Am Ende stellte sie die Frage, ob die Deutsche Einheit vor allem ein Darstellungsproblem ist?

Auch Marcus Böick wies darauf hin, dass die Krisenerfahrung der Ostdeutschen bereits vor 1989 begann, diese aber von einer Euphorie der Jahreswende 1989/90 abgelöst wurde. Die Bundesregierung behandelte die bevorstehende Aufgabe weniger als einen Umbau des Wirtschaftssystems, sondern sah die DDR als einen Sanierungsfall und entsandte deshalb mit Detlev Rohwedder einen Sanierungsprofi. Die zeitgenössische Privatisierungseuphorie legte zudem eine rasche Privatisierung der staatlichen Betriebe als schnell wirkende Medizin für die schon vor 1989 als marode klassifizierte DDR-Wirtschaft nahe. Die Treuhand-Anstalt

wurde rasch zum Symbol dieser Privatisierung und fungiert bis heute als erinnerungskulturelle *bad bank*.

Gert Pickel thematisierte die Unterschiede in der politischen Kultur in West- und Ostdeutschland, die sich in einer stärkeren Unzufriedenheit über die gegenwärtige Ausprägung der Demokratie in Ostdeutschland manifestiert. Diese resultiere aus Transformationsnarrativen und einer relativen Deprivation, also dem Gefühl etwa der Hälfte der Ostdeutschen, Bürger*innen zweiter Klasse zu sein. Dieses Gefühl trage zu einer spezifischen ostdeutschen Identität bei, die sich allerdings im Laufe der nächsten 30 Jahre auswachsen werde.

Irene Götz verband die Debatte um die „innere Einheit“ mit Identitätswürfen in einer postmigrantischen Gesellschaft, die sich nicht in einer ost- und westdeutschen Identität erschöpfen, sondern vielfältiger seien. Und sie fragte, ob kulturelle, regionale oder nationale Identitätsdebatten einen Beitrag zur inneren Einheit leisten können, wenn sie die Uneindeutigkeit und Vielfalt von individuellen Identitäten anerkennen.

Ich möchte nun für die folgende Diskussion vier Themen herausstellen, die auf die eine oder andere Weise in den gehörten Beiträgen angesprochen wurden und die zugleich das Potential haben, künftige Forschungsperspektiven zu öffnen.

1. Zum Begriff der inneren Einheit

Die viel diskutierte Erwartung, nach der staatlichen Vereinigung müsse auch eine „innere Einheit“ hergestellt werden, entsprang im Grunde einer gesellschaftlichen Homogenisierungsvorstellung.¹ Unterschiedliche regionale Erfahrungs- und Erinnerungsgemeinschaften sind aber kein unnatürlicher Zustand, den es zu überwinden gilt, sondern sind vielmehr Kennzeichen für die regionale Vielfalt, die Deutschland ausmacht. Zu diesen regionalen Erinnerungsgemeinschaften wird noch lange Zeit eine ostdeutsche Variante gehören, denn vierzig Jahre DDR und die tiefgreifenden Transformationserfahrungen haben tiefe Spuren hinterlassen, die es in den alten Bundesländern nicht gibt. Natürlich gibt es nicht DIE Ostdeutschen, aber es gibt eine ostdeutsche Gesellschaft, die anders ausdifferenziert ist als die westdeutsche, die andere kulturelle Codes hat und durch andere biographische Erfahrungen geprägt ist.² Insofern ist eine ostdeutsche Kultur nicht besorgniserregend und zunächst auch keine Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland. Ein politisches und gesellschaftliches Problem entsteht daraus nur, wenn eine ostdeutsche Identität als Gegenentwurf zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung konstruiert wird: sei es als Selbstbeschreibung

¹ Zur Kritik an der Vorstellung einer „inneren Einheit“ siehe Hans-Joachim Veen: Innere Einheit – aber wo liegt sie?, in: APuZ B40-41/1997, S. 19-28.

² So Jana Hensel in: Wolfgang Engler/Jana Hensel, Wer wir sind. Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein, Berlin 2018, S. 65.

oder als Fremdzuschreibung.³ Versuche einer solchen Identitätspolitik gab es in den vergangenen 30 Jahren immer wieder. Sollten diese am Ende erfolgreich sein, entsteht ein Demokratieproblem, das nicht nur Ostdeutschland, sondern Deutschland als Ganzes betrifft. Untersuchungen zu dieser Identitätspolitik von rechts wie von links scheinen mir deshalb sinnvoll und wichtig, auch im Sinne einer demokratischen Selbstvergewisserung.

2. Zur Deutungsdichotomie „Erfolg vs. Scheitern“ der Transformation

Bis heute wird die öffentliche Debatte von der Frage dominiert, ob der Umbau der DDR-Wirtschaft ein Erfolg war oder gescheitert ist. Lange überwogen hier eher undifferenzierte Antworten, die Eindeutigkeit herstellen wollten. In letzter Zeit hat etwas mehr Differenzierung in die Diskussion Einzug gehalten. So wird der Umbau als Erfolg beschrieben, der aber auch Kosten hatte, oder er wird als eine Abwicklung der Industrie gekennzeichnet, auch wenn die Innenstädte saniert wurden. Wenn wir den Umbruch der 1990er Jahre historisieren wollen, dann müssen wir die Perspektiven der Zeitgenoss*innen überwinden. Wir sollten uns also fragen, welche Fragen wir als Historiker*innen an den Gegenstand stellen sollten, um nicht endlos die zeitgenössischen Analysen zu perpetuieren. Marcus Böick hat in seiner Treuhandstudie einen Weg gewiesen, indem er nach den Erfahrungen und Wertvorstellung der Akteure gefragt hat.⁴ Kulturgeschichtliche Fragestellungen sind ganz sicher ein Weg, um die Wertvorstellungen der Akteure zu historisieren. Daneben sind aber auch sozialgeschichtliche Fragen notwendig, die die jeweiligen Interessenslagen genauer und auch weniger denunziatorisch in den Blick nehmen. Die westdeutsche Wirtschaft litt Ende der 1980er Jahre an Produktionsüberkapazitäten, so dass die vielfach geschehene Marktberäumung durch Aufkauf und Schließung von Konkurrenzbetrieben kein bloßes Phänomen des deutschen Vereinigungsprozesses war, sondern im globalen Maßstab stattfand. Europäische Konzerne kauften in dieser Zeit auch westdeutsche mittelständische Betriebe aus der eigenen Sparte auf, um diese zu schließen. Es geht also darum, die Transformation Ostdeutschlands in die europäischen und globalen Wandlungsprozesse spätindustrieller Gesellschaften zu verorten.⁵

3. Krisenerfahrung als Leitkategorie

Die Krisenerfahrung begann bereits in den 1980er Jahren, und für etliche wurde die Euphorie über die Friedliche Revolution von einer weiteren Krisenerfahrung abgelöst. Folgt

³ Zur Konstruktion ostdeutscher Identitäten siehe Jörg Ganzenmüller: Ostdeutsche Identitäten: Selbst- und Fremdbilder zwischen Transformationserfahrung und DDR-Vergangenheit, in: Deutschland Archiv, 24.4.2020, Link: www.bpb.de/308016

⁴ Marcus Böick: Die Treuhand: Idee - Praxis - Erfahrung 1990-1994, Göttingen 2018.

⁵ Siehe dazu Philipp Ther: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2014; ders.: Das andere Ende der Geschichte. Essays zur großen Transformation, Berlin 2019.

man den zeitgenössischen Analysen, so hat die krisenhafte Transformationserfahrung im Nachgang die Krise der 1980er Jahre überdeckt und sich ein ostalgischer Blick auf die DDR-Vergangenheit gelegt. Dies ist grundsätzlich zu hinterfragen. Lebensgeschichtliche Interviews bieten die Chance, der autobiographischen Einordnung dieser doppelten Krisenerfahrung auf den Grund zu gehen. Ein erfahrungsgeschichtlicher Ansatz kann helfen, die einfachen Dichotomien der öffentlichen Debatte zu überwinden. Die Transformationserfahrungen der Ostdeutschen waren individuell und sehr unterschiedlich. Vor diesem Hintergrund sind die Bewertungen der Vergangenheit auch sehr viel differenzierter, als es binäre Umfrageschemata zu Tage fördern können.⁶ Dies betrifft auch die nachträgliche Bewertung der DDR, denn auch die Diktaturerfahrungen waren ambivalent, und viele Ostdeutsche können das auch zum Ausdruck bringen, wenn man sie denn lässt.

4. Erfahrungsraum und Erwartungshorizont als Problemstellung

Mit Rekurs auf Reinhart Koselleck lassen sich für eine Untersuchung der vielfachen Transformationserfahrungen und deren Verarbeitung das Begriffspaar „Erfahrungsraum und Erwartungshorizont“⁷ fruchtbar machen und daraus neue Fragen ableiten: Einerseits nach den hier vielfach angesprochenen Transformationserfahrungen und deren Verarbeitung, andererseits nach den Zukunftsvorstellungen der Menschen 1989/90. Dazu gehört nicht nur die Frage, was man sich von der deutschen Einheit erhofft hatte, dazu gehören auch unterschiedliche Erwartungen, die aus unterschiedlichen Vorstellungen politischer Leitbegriffe jener Zeit resultieren. So scheinen die Demokratievorstellungen im Osten sehr viel stärker von volksdemokratischen Vorstellungen, wie sie Nationalsozialisten und Kommunisten popularisiert haben, geprägt als bei den Westdeutschen, die in 40 Jahren parlamentarischer Demokratie die Funktionsweise einer repräsentativen Demokratie erfahren haben. Ebenso könnte man danach fragen, welche Vorstellungen die Deutschen in Ost und West unter den Schlagworten „Volk“, „Deutschland“, „Rechtsstaat“ oder „Freiheit“ 1989 verstanden haben und bis heute verstehen. Unterschiedliche Vorstellungen von politischen Schlüsselkonzepten könnten eine Ursache für fortdauernde Kommunikationsprobleme zwischen Ost und West sein, und diese Perspektive ließe sich ohne Weiteres auf Europa und die politischen Spannungen innerhalb der EU ausweiten.

⁶ Dies zeigt die empirische Studie zu Vorstellungen von der DDR bei Thüringer Schüler*innen von Kathrin Klausmeier: „So eine richtige Diktatur war das nicht ...“. Vorstellungen Jugendlicher von der DDR. Geschichtspolitische Erwartungen und empirische Befunde, Göttingen 2020.

⁷ Reinhart Koselleck: „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ – zwei historische Kategorien, in: ders.: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a. M. 1992, S. 349-375.